

Zweiter Teil der BREMER-ANZEIGER-Serie „Armut in Bremen“ / Heute: Der Zwang, die Miete reduzieren zu müssen

Nach der Arbeit nun auch die Wohnung weg?

Von unserem Mitarbeiter
Matthias Koch

BREMEN. Anfang Januar flatterte Boris K. ein Brief von der Bremer Arbeitsgemeinschaft für Integration und Soziales (Bagis) ins Haus: Er solle bis Mitte des Jahres seine Mietkosten reduzieren oder mit seiner Familie in eine preisgünstigere Wohnung umziehen. Seit zwei Jahren ist der gelernte Schlosser arbeitslos: „Jetzt geht es ans Eingemachte. Nach dem Job werde ich nun wohl auch noch die Wohnung verlieren, in der ich seit 15 Jahren lebe“, sagt der alleinerziehende Vater.

Hintergrund der Umzugsanforderung: Gemäß der Hartz-IV-Gesetzgebung begleicht die Bagis nur noch „angemessene Mietkosten“. Für K. und seine 16-jährige Tochter wären dies genau 365 Euro. Das Problem: Die reale Miete für dessen 65-Quadratmeter-Wohnung liegt bei 529 Euro – also rund 40 Prozent darüber. „Die Differenz zum Bagis-Betrag kann ich nicht aufbringen – mir bleibt nur noch der Umzug“, befürchtet der 45-Jährige und fügt zynisch an: „Versuchen Sie mal eine Wohnung zu finden, die die Bagis-

Vorgaben erfüllt, ich wünsche viel Spaß dabei!“

Genau das hat Anfang des Jahres der Verein „Solidarische Hilfe“ einen Monat lang versucht und sämtliche Bremer Wohnungsinserte ausgewertet. Das Ergebnis: Nur knapp 100 von rund 1000 angebotenen Wohnungen wurden zu Konditionen angeboten, die in Bremen als „angemessen“ gelten. Demgegenüber stünden aller-

dings weit mehr als 10000 Betroffene, die bis 2008 ihre Miete senken müssten, berichtet Silke Lieder, die Geschäftsführerin des Selbsthilfevereins. Zudem seien die meisten der „Bagis-kompatiblen“ Wohnungen in Stadtteilen zu finden, die schon heute als soziale Brennpunkte gelten oder von vornherein als „Studentenbuden“ ausgewiesen.

Aus der Sozialbehörde heißt es derweil, von „Zwangsumzü-

men könne keine Rede sein. „Niemand muss von heute auf morgen seine Wohnung verlassen“, betont Ressort-Sprecherin Heidrun Idee. Angeschrieben würden nur diejenigen, deren Miete deutlich über den ihnen zustehenden Beträgen liege: „Geht es nur um zehn Prozent, kommt gegenwärtig keine Post.“ Zudem werde jeder Einzelfall geprüft: „Wenn durch einen Umzug beispielsweise ein Schulwechsel nötig wird, oder die Betroffenen belegen können, dass sie sich ausreichend bemüht haben, die Kosten zu senken, werden auch höhere Mieten weitergezahlt.“

Die Realität sehe allerdings oft anders aus, berichtet Gitta Barufke von der Bremer Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger (agab): „Die Betroffenen schreiben oft lange Briefe, erhalten aber nur eine formlose Mitteilung zurück, der zufolge ihre Argumente nicht für eine Ausnahmegenehmigung ausreichen.“ Erschwert wird die Suche zudem dadurch, dass vor der Mietvertragsunterzeichnung die Bagis zustimmen muss: „Bis dahin ist die Wohnung oft schon weg“, berichtet Lieder.

Die Forderung der Arbeitsloseninitiativen lautet daher: Bre-

men müsse einen qualifizierten Mietspiegel erstellen und die Obergrenzen dementsprechend erhöhen. Lieder: „Wenn selbst öffentliche Wohnungsbaugesellschaften kaum noch Bagis-kompatibel sind, stimmt doch am System etwas nicht.“

Dass allerdings etwa die Gewoba – wie es sich Sozialstaatsrat Joachim Schuster (SPD) wünscht – mehr „Bagis-Wohnraum“ anbietet, scheint nicht absehbar: „Wir nehmen realistische Mieten. Wenn wir einerseits aufgefordert werden, die Preise auf Bagis-Niveau zu senken, die Stadt aber gleichzeitig hohe Dividenden von uns verlangt, geht das einfach nicht zusammen“, so der Gewoba-Bereichsleiter Ost, Ralf Schumann.

„Arbeitslose Menschen wie ich werden nur noch als Kostenfaktor gesehen. Was macht es da schon, wenn wir nicht nur nach Jobs, die es nicht gibt, sondern nun auch nach Wohnungen, die sich nicht finden lassen, suchen müssen“, betont K. Auf die Frage, wie es für ihn nun weitergeht hat er nur eine kurze Antwort: „Keine Ahnung. Wir müssen wohl weniger essen, um von meinen Hartz-IV-Bezügen irgendwie auch noch die Mietdifferenz aufzubringen.“

